

# Gemeinsame Politik!

## Appell des CDU-Bundesparteitages zur Zusammenarbeit der Parteien

Kiel (Eigenbericht). Die CDU will alle Bemühungen unterstützen, um in gesamtdeutschen Fragen zu einem gemeinsamen Handeln aller politischen Kräfte zu gelangen. Dies wird in einer einmütigen Entschließung bekräftigt, die zum Abschluß des Bundesparteitages in Kiel auf Vorschlag der Delegierten aus Berlin und aus der Exil-CDU der Sowjetzone gefaßt wurde. Größere Einigkeit in der Arbeit für die Wiedervereinigung sei eine wesentliche Voraussetzung zur Überwindung der Teilung Deutschlands, heißt es in der Entschließung. Politische Kreise erwarten, daß die Resolution großen Einfluß auf die Beratungen des Bundestages Anfang Oktober in Berlin haben wird.

Nach dem einstimmigen Beschluß des CDU-Parteitagess hofft man, daß es in Berlin gelingt, wieder alle Fraktionen des Bundestages zu gemeinsamen Beschlüssen in der Frage der Wiedervereinigung und der Verbindung mit den Menschen in der Zone zu bringen.

### Maßnahmen für Flüchtlinge gefordert

In der Entschließung wird der schwere Druck, den das sowjetzonale Regime auf die Menschen in der Zone ausübt, erneut verurteilt. „Der Parteitag“, so heißt es, „steht erschüttert unter dem Eindruck der unerträglichen Verschärfung der Lage in der Sowjetzone.“ Der Sprecher der Exil-CDU, Dr. Gradl, forderte in diesem Zusammenhang besondere Maßnahmen der Regierung, um die Aufnahme der Flüchtlinge aus der Zone zu beschleunigen. Auch die private Hilfsbereitschaft müsse gesteigert und die menschlichen Beziehungen zu den Deutschen in der Zone müßten vertieft werden.

### „Kieler Manifest“

Auch das „Kieler Manifest“, das ein neues Programm für die Außen- und Innenpolitik aufstellt, befaßt sich mit der Wiedervereinigung, die als „das Ziel aller unserer Bemühungen“ bezeichnet wird. Solange die Weltpolitik die Wiedervereinigung noch nicht erlaube, müsse alle Kraft an die Erhaltung der Ver-

bindung zu den Menschen in der Sowjetzone gesetzt werden. In dem Manifest wird die Bundesregierung aufgefordert, ihre bisherige Außenpolitik konsequent fortzusetzen, weil nur dadurch die Freiheit Deutschlands gesichert werde. Die Einigung Europas wird als „eine der größten Aufgaben unserer Zeit“ bezeichnet.

Der innenpolitische Teil des Manifestes fordert, sich der Kommunalpolitik mehr als bisher zu widmen. Ziel der künftigen Politik sei „die fortschreitende Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates“. Die Einzelheiten sind in einem Arbeitsprogramm enthalten, das vom Bundesausschuß der CDU überarbeitet werden soll.

### „Hervorragende Zusammenarbeit“

In seinem Schlußwort erklärte Dr. Adenauer: „Obwohl wir in einzelnen Fragen verschiedene Meinungen haben, kann ich mir keine bessere Zusammenarbeit denken als in unserer Partei.“ Mit dieser Einigkeit leiste die CDU Deutschland, Europa und dem Frieden der Welt einen bedeutenden Dienst.

### Adenauer an der Zonengrenze

Lübeck (dpa). Eine zweitägige Rundfahrt durch Schleswig-Holstein hat Bundeskanzler Adenauer im Anschluß an den Bundesparteitag der CDU unter-

nommen. Sie begann am Schlagbaum der Zonengrenze bei Lübeck-Schlutup. Einigen 100 Bewohnern von Schlutup, die sich dort versammelt hatten, versicherte der Bundeskanzler: „Ich glaube, daß wir es noch erleben werden, daß dies hier beseitigt wird.“ Jenseits des Schlagbaumes hatten sich schon vorher zahlreiche Volkspolizisten hinter Bäumen und Gebüsch, kaum 50 Meter vom Schlagbaum entfernt, versteckt, um die Vorgänge zu beobachten.

### Drill statt Semesterferien

Die Studenten mehrerer Universitäten und Hochschulen der Sowjetzone wurden während der jetzt beendeten Semesterferien zum erstenmal zu einer militärischen Grundausbildung herangezogen. Sie mußten teilweise vierwöchige Lehrgänge als Reservisten in Lagern der „nationalen Volksarmee“ absolvieren. Weibliche Studenten wurden verpflichtet, zwei Wochen in Ausbildungslagern der vormilitärischen Gesellschaft für Sport und Technik zu verbringen. Während dieser Zeit wurden die Studentinnen u. a. in Geländekunde und im Karabinerschießen ausgebildet.

### Angebot an Ulbricht

Hamburg (ap). Der Chefredakteur der Illustrierten „Der Stern“, Henri Nannen, hat SED-Sekretär Walter Ulbricht angeboten, zwei Monate lang einem Redaktionskollegium aus der Sowjetzone vier Seiten in jeder „Stern“-Nummer für Berichte über die „demokratischen Errungenschaften“ in der Zone unter der Bedingung zur Verfügung zu stellen, daß gleichzeitig den „Stern“-Reportern erlaubt wird, aus Mitteldeutschland frei zu berichten.

## Volkspartei

K. W. B. Die Londoner „Times“, Europas renommierteste Zeitung, hat der CDU für ihren Parteitag den Rat gegeben, sie solle nicht in eine „Selbstzufriedenheit, die schon an Selbstgefälligkeit“ grenzt, fallen. Ein guter Rat aus einem Land, das seit Menschengedenken nur den Zweikampf von zwei Parteien um die politische Macht kennt. Ein Rat an die Partei, die seit Gründung der Bundesregierung die Macht in den Händen hält und, sehr ungewöhnlich für deutsche Verhältnisse, sie in den drei Bundestagswahlen seither immer mehr gefestigt hat. Die Partei, die in diesen Tagen an der Nordseeküste, wenige Tage vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, zum achten Male ihren Bundesparteitag abhielt, aber ist nicht mehr zu jenem bedeutenden politischen Faktor in der Auseinandersetzung mit einem einzigen politischen Gegner geworden; sie hat sich vielmehr durchgesetzt gegen eine Vielzahl von politischen Gruppen, die gleich ihr in den Jahren nach dem Zusammenbruch mit gleichen Chancen um die politische Mitwirkung bemüht waren.

Es ist ganz anders gekommen. Wir registrieren heute nicht mehr eine große Anzahl von konkurrierenden und einander in Stärke und Bedeutung sich ablösenden Parteien wie in der Weimarer Republik, sondern sind Schritt um Schritt der angelsächsischen Form der demokratischen Auseinandersetzung nähergekommen. Wohl können wir von einem Zweiparteiensystem in der Bundesrepublik nicht sprechen; denn mit der FDP vor allem ringen noch starke Energien im deutschen Volk um ihre politische Eigenart, und in der „Deutschen Partei“ suchen die betont konservativen Kräfte nach ihrer politischen Sonderexistenz. Aber schon in dem starken Schwundprozeß, den der ehemals so bedeutende BHE durchmacht, kündigt sich am deutlichsten die Tendenz zur Einschrumpfung der politischen Parteien

neben CDU und SPD an. Daß die CDU heute als die Partei, die zum zweiten Male seit 1953 mit absoluter Mehrheit die politische Verantwortung im Bund übernehmen konnte, sich auf dem Kieler Parteitag versammelt, mag Anlaß zu Stolz, aber nicht minder auch zu kritischer Selbstbetrachtung sein.

Wer wollte einer Partei, deren Erfolg so sichtbar alle Prognosen für die deutschen Nachkriegsjahre über den Haufen geworfen hat, den Stolz und die Freude verdenken, die sie heute zeigen kann. Es ist nicht recht erkennbar geworden, wer ihr freilich in dieser Stunde den Titel „Staatspartei“ hat zuführen wollen. Gewiß liegt es nahe, den Gedankensprung zu tun und die Partei, deren Arbeit nun seit 1949 den Staat — und dies erfolgreich — trägt, mit „Staatspartei“ zu bezeichnen. Solcher Anspruch aber müßte fatal sein und werden, wenn die Wähler einmal die Macht im Staate an eine andere Partei delegierten. Die in Kiel tagende Partei wird von solchem Anspruch, sich mit dem Staate zu identifizieren, frei bleiben müssen.

Dazu aber hat die Union eine Lösung von der Selbstgefälligkeit, daß alles so bleiben und wachsen müsse, wie es bisher verlaufen ist, notwendig. Wenn man in die Kieler Tage hineinhört, ist dies auch stärker und vielfarbiger als auf allen bisherigen Zusammenkünften dieser Partei in Gang gekommen. Man erkennt, daß die Christlich-Demokratische Union bislang ihre Kraft und ihre Bedeutung vorwiegend zwei Elementen verdankt: Der Politik des gesunden Menschenverstandes und einer überragenden Persönlichkeit, die sie meisterhaft und geduldig anzuwenden wußte. Es ging in Kiel nicht um die Nachfolge Adenauers, der der Partei in diesen Jahren unverwechselbar die Züge seiner persönlichen Art, Politik zu betreiben, aufgeprägt hat. Auf früheren Parteitagen, in Stuttgart besonders, hat das Problem des „Kronprinzen“ in der CDU eine viel größere Rolle gespielt als heute, da sich der 82jährige den Delegierten

seiner Partei wieder als der unbedingte Kämpfer präsentiert hat.

Das Bedürfnis, die Adenauer-Partei zu einer Partei auszubauen, die aus dem Geiste dieser Politik auch Kräfte für eine später andauernde politische Arbeit der Erfolge zieht, bestimmt offensichtlich jetzt die verantwortlichen Gremien, aber noch mehr wohl das alte und das neu hineingeströmte „Fußvolk“ in der CDU. Der Kieler Zusammenkunft ging wieder einmal der Ruf voraus, daß sie vom Primat der außenpolitischen Diskussion fortlenken solle zur Erörterung der vielen innenpolitischen Aufgaben, die noch anstehen. Sie sind angeklungen. Und hier war auch, wenn man absieht von der neuen großen analytischen Bemühung Gerstenmaiers um die sozialen und gesellschaftlichen Ideale, die diese Partei der Wirksamkeit näherrücken sollte, doch ein sehr vielstimmiges und keineswegs schon harmonisches Konzert hörbar geworden.

Die Rolle der Gewerkschaften, die Frage der kulturellen Beziehungen zwischen Ländern und Bund, die Funktionen von Familie und Mittelstand, die Kräfte-Zusammenballung in der Wirtschaft — für sie und viele andere Fragestellungen sitzen in den parlamentarischen und Partei-Instanzen der Union Hunderte von Frauen und Männern, die aus sehr verschiedenen Perspektiven und Lagern an die Bewältigung dieser Aufgaben herangehen müssen. Die CDU erweist sich für alle diese Teilprobleme des deutschen Lebens als ein Parlament im Parlament. Sie hat ja die riesige Spannweite von Unternehmern und Arbeitern, Angestellten und Selbständigen, Städtern und Landleuten in sich zu überbrücken und zu überwinden. In dieser Partei spiegelt sich tatsächlich wie in keinem anderen Partei-Organismus, den Deutschland je hatte, das Volk in seinen Schichten, Gruppen und Meinungen. Eine Volkspartei im wahrsten Sinne des Wortes hat sich so siegreich an die Spitze der politischen Verantwortung in einem chaotisch gebrochenen politischen Raum gestellt.

## Die vier Mächte

K. W. B. Zwei Noten gibt es seit kurzem, die uns bewegen: Zwei Noten aus Moskau. Als die erste bekannt wurde, merkten alle politischen Beobachter auf. Die erste Note war offiziell an Pankow gerichtet. In ihr war von der Bereitschaft Moskaus die Rede an einer Vier-Mächte-Kommission teilzunehmen. Das war der Punkt, der aufmerken ließ. Denn eine Vier-Mächte-Kommission in Sachen Deutschlands hatte der Krenl seit der Genfer Konferenz von 1955 immer abgelehnt. Als die Pankower Behörden vor kurzem an die Westmächte und an die Sowjetunion schrieben, man solle sich zu einer Vier-Mächte-Kommission zusammenfinden, die die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland prüfen sollte, glaubten wir schon die Stimme des Kremis zu vernehmen. Wir dachten an einen Versuchsballon, der von Moskau aufgeblasen, der Not der Sowjetzone entsprungen, ins Weite zielen sollte.

Die Note Moskaus an Pankow brachte uns Gewißheit: Diese Vier-Mächte-Kommission war ein Moskauer Wink. Es schien — nach drei Jahren — ein Einschwenken auf die vernachlässigte, politische Linie. In der Note an Pankow fanden wir noch einen weiteren Satz, der unsere Aufmerksamkeit fordert: „In Anbetracht der Verantwortung der vier Großmächte für die friedliche Regelung der Deutschlandfrage“ hieß es in diesem Schriftstück an Ostberlin.

„Verantwortung der vier Großmächte für die friedliche Regelung der Deutschlandfrage“: Gerade das war, nach der brüskten Rede Chruschtschows in Ostberlin, als er von der Genfer Konferenz nach Moskau zurückgekehrt war, nie mehr von den Sowjets anerkannt worden. Die Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland hatte Chruschtschow abgelehnt und durch das Wort von „Zwei deutschen Staaten“, die sich allein zu verständigen hätten, verdrängt. Als Eisenhower beim Notenwechsel des letzten halben Jahres Chruschtschow mehrfach auf diese Verantwortung der vier Mächte für Deutschland, die in Genf zum letzten Male bekräftigt worden

war, hingewiesen hatte, kam das schroffe und schrille Nein: Eine solche Verantwortung kenne Moskau nicht mehr.

Drei bittere Jahre sind vergangen. Deshalb war uns die Wiederkehr des Wortes von der „Verantwortung der vier Mächte für Deutschland“, das wir aus Moskau hörten, mehr als interessant. Aber der überraschende Optimismus hielt nicht einmal 24 Stunden an. Bundeskanzler Adenauer hatte ihn noch, als er in Kiel auf dem CDU-Parteitag die Wiederkehr der sowjetischen Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands zwar skeptisch, aber erfreut registrierte. Doch inzwischen war in Bonn die andere Note aus Moskau eingegangen. Sie war mehr als eine kalte Dusche auf die zaghaften Erwartungen. In ihr steht der brutale Satz, daß „jegliche Vorschläge, mit dem Ziel, die Verantwortung für die Lösung der Wiedervereinigung auf die vier Mächte zu verlagern, keinerlei positive Ergebnisse herbeiführen werden“. Hier steht jetzt härter noch als in allen vorangegangenen Noten, daß nur das Zusammenkommen mit Pankow von Moskau begünstigt, nicht aber der Weg zur Freiheit ganz Deutschlands gefördert werden würde. Die Vier-Mächte-Kommission, die Moskau mitmachen will, ist eine Kommission, die Pankow ins politische Spiel bringen möchte.

Von der Verantwortung für die Lösung der Deutschlandfrage, die seit Potsdam Amerika, England, Frankreich und der Sowjetunion aufgetragen ist, findet sich in der zweiten Note an Bonn kein Wort.

Gerade die radikale Verschiedenheit dieser Noten aber sollte den deutschen und westlichen Politikern zu denken geben. Man sollte die Sowjets an der Stelle politisch und diplomatisch zu treffen suchen, an der sie sich decouvriert haben. Das Wort von der „Verantwortung der vier Mächte“ ist wieder gefallen. Hieran muß die Politik anknüpfen.

## Freimaurer in Berlin

Berlin (Eigenbericht). Der erste Konvent der „Vereinigten Großlogen von Deutschland“ ging nach zweitägiger Dauer in Berlin zu Ende. Die Meister vom Stuhl der 300 deutschen Freimaurerlogen, die sich am 17. Mai d. J. in einer „Vereinigten Großloge“ zusammengeschlossen haben, bekundeten auf diesem Konvent den Willen zur Einheit der deutschen Freimaurerei, die vorher sowohl regional als auch in verschiedene Lehrrarten zersplittert war. An dem Treffen in Berlin nahmen 800 Freimaurer teil, unter ihnen Gäste aus dem Ausland.

## Flüchtlinge verlieren Eigentum

Pankow ordnet Zwangstreuhänderschaft für Vermögen an

Berlin (Eigenmeldung). Die Sowjetzone hat von sofort an sämtliche Vermögenswerte von Zonenflüchtlingen, die nach dem 10. Juni 1953 Mitteldeutschland verlassen haben, unter staatliche Treuhänderschaft gestellt. In einer Anordnung des Zonenfinanzministeriums wird festgestellt, daß den geflüchteten Eigentümern keine Erträge aus ihrem Vermögen mehr zustehen und sie auch keine Verfügungen über das treuhänderisch verwaltete Vermögen treffen können.

Die bisher mögliche Regelung, einen privaten Abwesenheitspfleger für das in der Zone zurückgelassene Vermögen zu bestellen, entfällt. Die Vermögenswerte unterliegen auf Grund der Anordnung, die im Gesetzblatt der Sowjetzone veröffentlicht wurde, den Weisungen der kommunalen Behörden. Diese haben innerhalb eines Monats über die in ihre Verwaltung übergegangenen Werte

Bericht zu erstatten. Die Anordnung räumt den staatlichen Behörden allerdings die Möglichkeit ein, in Ausnahmefällen den bisherigen Bevollmächtigten die Treuhänderschaft zu übertragen. Bisher wurden staatliche Treuhänder in der Sowjetzone nur bei größeren Vermögenswerten, wie Industrie- oder Handwerksbetrieben und Handelsgeschäften eingesetzt.

# Der „letzte Schuß“ Montgomerys

Britischer Feldmarschall tritt ab — Jetzt veröffentlicht er seine Memoiren

London, Ende September. Nach fünfzig Jahren Dienstzeit als Offizier der britischen Armee nahm Feldmarschall Montgomery seinen Abschied als stellvertretender Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte. Einer der letzten großen Heerführer des zweiten Weltkrieges zieht sich damit aus dem aktiven Dienst zurück. Dr. Hans Benirschke, dpa-Korrespondent in London, würdigt nachfolgend den bisherigen Lebensweg dieses verdienstvollen britischen Offiziers.

Um „Monty“ hat sich in den Jahren zwischen 1940 und 1945 so etwas wie ein Mythos gebildet, der ihm noch heute anhängt. Er verdankt seine Popularität beim einfachen Soldaten nicht nur seinen Leistungen als Feldherr, sondern auch seiner Originalität, die sich schon im äußeren Bild des Mannes mit den zwei Silberspannen am schwarzen Barett ausdrückte. In Deutschland kannte man seinen Namen schon lange, bevor er am 7. Mai 1945 ein Zelt in der Lüneburger Heide betrat, um die Kapitulation der Wehrmacht entgegenzunehmen. Als sich „Monty“ in den letzten Wochen in den einzelnen NATO-Ländern verabschiedete, war dieser Abschied in Bonn besonders herzlich.

## Sein Erfolg gegen Rommel

Montgomery wurde der Weltöffentlichkeit zuerst bekannt, als er im August 1942 das Kommando über die 8. britische Armee in Nordafrika erhielt. Unter seiner Führung verwandelte sich diese durch die Erfolge Rommels entmutigte, vom Kampfgeist verlassene Truppe in eine schlagkräftige und siegreiche Armee. Diese Verwandlung war vielleicht die größte militärische Tat Montgomerys überhaupt. Er erreichte sie nicht zuletzt durch ein rücksichtsloses Auskammen der Kommandostäbe von Offizieren, die seinen außergewöhnlich hohen Anforderungen nicht entsprachen. Rücksichtsloses Vorgehen, wenn es nötig ist, blieb bis heute einer seiner Wesenszüge und hat ihm häufig herbe Kritik eingebracht.

Als Oberkommandierendem der britischen Invasionsstruppen war Montgomery 1944 der Nordflügel der Alliierten in Frankreich unterstellt. Seine strategische Konzeption war anders

als die der Amerikaner. Er trat für eine Schwerpunktoffensive auf einer Hälfte der Alliierten-Front ein. Wenn es nach seinen Plänen gegangen wäre, so meinen manche Beobachter, hätte der Krieg bereits im Herbst oder Winter 1944 beendet sein können. Trotz seiner Meinungsverschiedenheiten mit den Amerikanern verband Montgomery in der NATO schließlich eine persönliche Freundschaft mit General Eisenhower, der sein Vorgesetzter war.

## Vor einer hitzigen Diskussion

Im Jahre 1951 wurde Montgomery der Posten des Stellvertretenden NATO-Oberkommandierenden übertragen. Er gab dieser Aufgabe wiederum eine sehr persönliche Prägung: er war weniger Stabsoffizier als vielmehr eine Art Generalinspekteur, der auf seinen vielen Reisen kraft seines großen Prestiges bei den Truppen der NATO-Länder mehr erreichen konnte, als es ein anderer vermocht hätte.

Viscount Bernard Lord Montgomery of Alamein, wie er seit seiner Erhebung in den Adelsstand heißt, wird im November 71 Jahre alt. Es wäre jedoch eine Überraschung, wenn sich der drahtige, fast jugendlich elastische Mann nach seiner Verabschiedung ganz in die romantische Mühle zurückziehen würde, die er sich in der englischen Grafschaft Hampshire als Wohnsitz eingerichtet hat.

Man erwartet in London eine hitzige Diskussion über seine Memoiren, die in wenigen Wochen in einer Auflage von 125 000 veröffentlicht werden sollen. „Alle möglichen Leute haben Bücher über den Krieg geschrieben“, meinte er, „und dabei einige sehr unschöne Dinge über mich gesagt. Jetzt bin ich

dran. Ich werde den letzten Schuß abfeuern.“ Damit nicht genug, hat sich „Monty“ von der britischen Rundfunkgesellschaft BBC für sechs Fernsehsendungen verpflichten lassen, in denen er über seine Kriegserlebnisse berichten will.

## Kein Militärdickschädel

Feldmarschall Montgomery ist eigenwillig und originell, aber — so sagen seine Freunde — deshalb durchaus kein „engstirniger Militärdickschädel“. Seine Reden in den letzten Jahren lassen vielmehr erkennen, daß aus dem Militär ein Mann mit staatsmännischem Verständnis geworden ist. Immer wieder forderte er eine neue weltpolitische Konzeption des Westens, deren Ziel es sein soll, aus der Defensive im kalten Krieg in eine friedliche Offensive zu treten. Eine Kriegsgefahr in Europa besteht nach Ansicht Montgomerys nicht mehr. Um so mehr müßten sich die Westmächte daher jetzt den Problemen Asiens zuwenden. „Wenn die Demokratien sich nicht darauf besinnen, daß sie nicht nur Rechte haben, sondern auch Pflichten“, sagte er vor kurzem, „werden sie innerhalb der nächsten 25 Jahre dem Kommunismus verfallen.“

## Lemmer stellt richtig

Bonn (ap). Wesentliche Teile eines Artikels, den Bundesminister Lemmer in der Politisch-Sozialen Korrespondenz vor einigen Tagen veröffentlichte, seien von einigen Zeitungen mißdeutet worden, heißt es in einer Erklärung des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen. Lemmer habe keine politischen Verhandlungen mit der Pankower Regierung befürwortet, sondern lediglich Verhandlungen technischer Art zwischen den zuständigen Behörden, sofern Erleichterungen für die Bevölkerung der Zone nicht durch einseitige Anordnungen erreicht werden können.

# „Ärzte sind gute Arbeiter“

## Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in der Zone

**B. Berlin (Eigenbericht).** Auf Anweisung des Politbüros der SED müssen die Staatsfunktionäre den sogenannten „Aufbau des Sozialismus“ stoppen. Die Ausführung der Parteibefehle vom V. Parteitag wird plötzlich als falsch bezeichnet. Auf vielen Gebieten werden die Vollstreckungsbeamten der SED-Politik zurückgepfiffen. Nach den Erklärungen offizieller Stellen soll alles gemäßigt vorgehen. Aber wie sieht es in der Praxis aus? Handelt es sich um eine Atempause oder um eine echte Schwenkung? Ist es Taktik oder Einsicht?

### JÜTERBOG

Dörfer ohne Ärzte. Über 50 Dörfer rings um Jüterbog haben keinen Arzt. Entweder sind sie nach dem Westen geflüchtet oder in die Stadt gezogen. Die Kinder des einzigen Arztes durften nicht auf die Universität. Die Arztfrau sollte in dem kommunistischen Frauenbund tätig sein. Im Wartezimmer des Arztes lagen keine „fortschrittlichen“ Zeitungen aus. Der Arzt bekam keine Reisegenehmigung für eine Besuchsreise nach Westdeutschland.

Polytechnischer Unterricht muß ausfallen. Die Schulkinder werden in der Hackfrüchtereite gebraucht. Das neue Schuljahr begann mit Ernteinsätzen.

### BALLENSTEDT

Ärzte sollen die Koffer wieder auspacken. Einen „Offenen Brief an einen Arzt, der beabsichtigt, nach dem Westen zu gehen“, schrieb Dr. Marchand, der Chefarzt am Tbc-Krankenhaus Ballenstedt. Darin heißt es: „Der ärztliche Beruf ist kein Gewerbe, im Umherziehen auszuüben. In der Vergangenheit sind zwar ärgerliche Dinge passiert, die unsere Arbeits- und Daseinsfreude erheblich beeinträchtigt haben, aber für uns ist es eben nicht zugänglich, sich irgendwelchen Ärgerlichkeiten durch die Flucht zu entziehen.“ Sorgen, Unbequemlichkeiten und gewisse eigene Nöte sollten in Kauf genommen werden, heißt es weiter, sie gehörten zum Berufsrisiko; man sollte sich das alles

überlegen, wenn man den Arztberuf ergreift. Die Ärzte würden doch dringend gebraucht, und jeder sollte seinen Koffer wieder auspacken und bleiben.

Praktische Ärzte arbeiten bis zu 18 Stunden. Die Wartezimmer sind überfüllt. Die Flucht einiger Ärzte aus der Stadt führte zu einem Notstand. Zwischen 100 und 300 Patienten muß ein Arzt jetzt täglich versorgen.

### HALLE

Exportschulden im VEB Zementbau. Für 17 000 Ostmark hat der VEB Exportschulden. Der Plan kann nicht erfüllt werden. „Rote Brigaden“ aus anderen Betrieben können den Rückstand nicht aufholen, weil sie von den Arbeitern geschnitten werden. Im VEB Waggonbau Dessau betragen die Exportschulden nach einem Bericht der SED-Zeitung „Freiheit“ 9 610 200 Ostmark. Schuld daran sollen Planrückstände und Fertigungsschwierigkeiten sein. Die Waggonfabrik ist mit ihrer Produktion um zwei Monate im Rückstand. Als Fehler wird von der Zeitung die Tatsache genannt, daß keine politische Arbeit im Werk funktioniert.

### MAGDEBURG

Ärzte sollen sich gesellschaftlich betätigen. Auf dem III. Kongreß der Nationalen Front wurde den Ärzten erklärt: „So gute Arbeiter die Ärzte auch sind, und so bereit sie auch sind, sich für die Patienten einzusetzen, von ihrer Seite fehlt jede Initiative, in das gesellschaftliche Leben einzugreifen.“

### DELITZSCH

Traktoristen arbeiten bis 3 Uhr nachts. Der Arbeitsablauf wird ständig durch den Ausfall von Traktoren verzögert. Es gibt keine Ersatzteile für schnelle Reparaturen. Teilweise stehen die Traktoristen tagsüber stundenlang auf den Feldern herum. Agronomen wollen sie zu Hilfsarbeitern einsetzen, weil die FDJ-Einsatzkommandos den Mädchen nachlaufen und die Erntehelfer aus

den Industriebetrieben auf gutes Essen warten.

Sprechhöre vor Häusern von Einzelbauern. Junge Pioniere brüllen vor den Gehöften von Einzelbauern, die nicht in eine Produktionsgenossenschaft einreten wollen:

„Einzelbauer, Einzelbauer  
he, he he —  
besinne dich und komme  
in die LPG.“

Faule Eier wegen Preisänderungen. Kurz nach dem ersten August wurden viel Eier angeboten, weil die Preise gestiegen waren. Die Bauern hätten viele Eier vom Juni oder schon aus früheren Zeiten zurückgehalten, um den Erlös vom August einzustecken. Viele Eier seien deshalb schon faul abgeliefert worden. Das zeige, wie wenig Verständnis mancher Bauer für die Belange des sozialistischen Handels habe, stöhnen die SED-Funktionäre.

## Zonenflucht vor Bundestag

**W. Bonn (Eigenbericht).** Die interfraktionellen Besprechungen zur Vorbereitung der Berliner Bundestagsitzung sind in Bonn fortgesetzt worden. Im Beisein von Bundesminister Lemmer haben die Vertreter aller drei Fraktionen sich auf den Text der Großen Anfrage nach der Fluchtbewegung aus der Sowjetzone geeinigt. Dazu soll die Bundesregierung gefragt werden, wo die Gründe für die erneute Zunahme der Flucht aus der Sowjetzone liegen und was geschehen kann, um die menschlichen Bindungen über die Zonengrenze hinweg wieder zu erleichtern. Ferner wird an die Bundesregierung die Frage gerichtet, was bisher getan worden ist, um die Flüchtlinge aus der Zone in Westdeutschland und in Westberlin unterzubringen und wie man für eine Verbesserung und Beschleunigung der Unterbringung sorgen könne. Schließlich enthält die Große Anfrage eine dritte Frage, die politisch gefaßt ist, so daß die Bundesregierung in ihrer Antwort auch auf die Gesamtlage Deutschlands eingehen kann.

## Wahlkampf mit Bundesfragen

Amrehn vor der Kandidaten-Konferenz der CDU

Berlin (Eigenbericht). Als Antwort auf die beim Berliner SPD-Wahlkongreß aufgestellten Behauptungen hat Bürgermeister Amrehn im Schöneberger Rathaus vor der Kandidaten-Konferenz der Berliner CDU festgestellt, die Berliner würden am 7. Dezember nicht nur ausschließlich über Fragen des Landes Berlin entscheiden, sondern auch über die Politik Adenauers und der Bundesregierung. Die Wirtschaftspolitik des Bundes stehe schon deshalb zur Entscheidung, weil ohne sie die Hilfe des Bundes für Berlin nicht möglich gewesen wäre.

Ferner wies der Bürgermeister darauf hin, daß am Wahltag auch über die Zahl der nächsten Berliner Bundestags-Abgeordneten und über die Zusammensetzung im Bundesrat entschieden werde. Man könne also den Wahlkampf nicht ohne weiteres von der Bundesrepu-

blik trennen. Die CDU werde im übrigen natürlich auch auf Fragen der Landespolitik ausreichend eingehen und zum Beispiel eine Verbilligung der künftigen Verwaltung u. a. durch eine stärkere Beteiligung der Verbände an öffentlichen Aufgaben fordern.

Nachdrücklich wandte sich Amrehn dann gegen gewisse Wahlmethoden der SPD, Gefahren an die Wand zu malen, die gar nicht beständen. „Wer führt denn eigentlich in Berlin einen Kulturkampf?“ Die CDU werde bei den nächsten Besprechungen mit der SPD über eine faire Wahlauseinandersetzung daran erinnern, daß vereinbart war, den eigentlichen Wahlkampf erst Mitte Oktober bzw. Anfang November beginnen zu lassen. Mit ihrem Wahlkongreß in der Kongreßhalle habe die SPD offenbar versucht, sich auf Kosten anderer Parteien einen Vorsprung zu verschaffen.

men, entzieht sich der Architekt der Verantwortung. Er zeigt, daß er nicht den Mut hat, durch eine Beihilfe zur Flucht die Probleme der Familie zu lösen. Er reist vorzeitig ab.

Dies alles spielt sich in ganz persönlichen Konfliktsituationen ab: die Frau steht zwischen der Liebe des Handelsvertreters, der genau weiß, daß er sie verlieren würde, wenn er mit ihr nach dem Westen ginge, und der Zuneigung zu dem Jugendfreund, der verwitwet ist und sie bei sich aufnehmen könnte. Sie entscheidet sich erst, zu bleiben, als sie merkt, daß der Architekt keine Verantwortung auf sich nehmen will, obwohl ihm die Jugendfreundin nicht gleichgültig ist.

Niemand im Stück ist mit dem Regime zu identifizieren, alle sind in verschiedenen Abstufungen seine Feinde. Damit beschränkt Kuby die Auseinandersetzung auf einen kleinen übersehbaren Kreis von Menschen. Er riskiert es nicht, das Regime selbst auftreten zu lassen. Sicher entgeht ihm damit manche zusätzliche Pointierung. Aber er erreicht eine Kompression persönlicher und politischer Tragik, die zwingend ist.

Gespielt wurde im milieu-genauen Szenenbild von Horst Klös hervorragend: der Regisseur Rolf Hädrich gab der seelischen Auseinandersetzung viel Raum, er ließ alle Nuancen des Textes ausspielen. Rosel Schäfer war überzeugend die Frau zwischen den beiden Männern, Horst Tappert ausgezeichnet der Westdeutsche in seiner persönlichen Schwäche und Hilflosigkeit, Fritz Schmiedel schließlich erschütternd lebens-echt der Handelsvertreter. In Nebenrollen Lotte Brackbusch und der junge Arne Madin.

Hier glückte Erich Kuby, was ihm im Drehbuch zu „Das Mädchen Rosemarie“ durch allzu grobe Verallgemeinerung mißlang: ein Griff in die deutsche Wirklichkeit.

## Fernseh-Journal

Szenen von der deutschen Not

Dt. Frankfurt am Main sandte zum viertenmal in den vierzehn Jahren, in denen es ein Bundesprogramm des deutschen Fernsehens gibt, ein Fernsehspiel, das sich mit der deutschen Spaltung, unserem Problem Nr. 1, auseinandersetzt.

Erich Kubys „Abwerbung“ (der Titel ist ironisch gemeint) spielt in Schwerin: ein westdeutscher Architekt, der von der Pankower Regierung zu einer Informationsreise mit der Aussicht auf einen größeren Bauauftrag eingeladen wurde, besucht eine Jugendfreundin, die er vor dem Kriege in Berlin kennenlernte. Diese leitet — ihr Mann fiel im Krieg, ihr Schwiegervater wurde 1947 verschleppt — den Torso eines Privatbetriebes, den sie für ihren Sohn erhalten will. Sie ist mit einem Handelsvertreter befreundet, der bei ihr wohnt. Ihre Schwiegermutter lebt in

der Wahnvorstellung, ihr Mann könne noch immer zurückkehren.

Durch das Erscheinen des Jugendfreundes werden nun alle seelischen Konflikte aufgeführt, die man bisher in der Hoffnung, daß das kommunistische Regime nur eine befristete Erscheinung sei, unterdrückt hatte. Der Architekt glaubt nicht an eine Wiedervereinigung, er hält die Situation der Zonenbewohner für aussichtslos. Als der Handelsvertreter die Meinung äußert, der Westen würde über kurz oder lang einen Krieg riskieren, um die Zone zu befreien, widerspricht er auf das heftigste. Es kommt zu starken Auseinandersetzungen, bei denen die Witwe sich entschließt, zu fliehen.

Aber nun, vor die Entscheidung gestellt, seiner Jugendfreundin dabei zu helfen und selbst Opfer auf sich zu neh-

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2.

# „Ich will eine alte Geige kaufen“

## Geständnis eines SED-Agenten vor dem Bundesgerichtshof

Karlsruhe (Eigenbericht). Die vor dem Bundesgerichtshof angeklagten Agenten des FDGB haben vor ihrer Verhaftung im Herbst 1957 mehr ein abenteuerlich-romantisches als ein gefährliches Spiel getrieben. Das verblüffende Geständnis des flüchtigen Angeklagten Alfred Frohnert aus Glienicke bei Berlin, das dieser im Dezember 1957 vor dem Untersuchungsrichter ablegte, läßt keinen Wunsch nach Einzelheiten aus der Geheimwelt der politischen Ganoven offen.

Es zeigt, welch seltsame Geheimnistuerei die FDGB-Agenten bei ihrem Bemühen um Infiltration westdeutscher Betriebe und Gewerkschaften gezeigt haben. Der Ostberliner Anwalt Dr. Kaul wehrte sich auf das heftigste gegen die Verlesung dieses Geständnisses, aber der Dritte Strafsenat beschloß, das 57 Seiten lange Dokument als Beweismittel zu benutzen.

Frohnerts Geständnis enthält zunächst die abschlußreiche Mitteilung, daß er vor seinem Einsatz als Westinstrukteur in der Bundesrepublik seine Personalpapiere und seinen FDGB-Ausweis abzugeben hatte. Von der Volkspolizei in Oranienburg erhielt er einen neuen Personalausweis. In einer Villa in Berlin-Neuenhagen wurde ihm beigebracht, was er in Westdeutschland mit äußerster Vorsicht zu tun und zu lassen habe. 100 Westmark und 100 Ostmark sollten für das erste reichen. „Erich“ würde für das Weitere sorgen. Es gehörte zu den Spielregeln der Agenten; nur Vornamen und Nummern zu gebrauchen und sich durch geheime Zeichen zu erkennen zu geben. Mit „Erich“ traf Frohnert als „17 Alfred“ in Frankfurt zusammen. Dort hörte er auch noch die Namen Max, Wilhelm und Albert und erfuhr von einem Kurt, der die Betriebe in Ludwigshafen und Rüsselsheim zu „betreuen“ hatte. Er hörte auch, ein gewisser Paul solle endlich mit einem Verhältnis Schluß machen, das nicht ins Geschäft passe. In sogenannten Anlaufstellen traf man sich und konnte übernachten, aber die Inhaberinnen dieser Anlaufstellen öffneten erst auf das Stichwort „Ich will eine alte Geige kaufen“.

Mit Geld wurden die Agenten durch einen westdeutschen Verbindungsmann Willi versorgt,

der den „Kaffee“ in Notenpaketen von je 5000 Mark in der Tasche trug. Eine Kurierfahrt nach Ostberlin wurde als FQLB bezeichnet. Daß den West-Instrukteuren des FDGB für ihre Infiltrationsarbeit in den westdeutschen Betrieben auch Autos zur Verfügung standen, erfuhr Frohnert erst, als er und Erich die Nachricht erhielten, daß

einer ihrer Kollegen im Saarland zu tief ins Glas gesehen habe und in diesem Zustand am Steuer verhaftet worden sei.

Mit dieser Verhaftung hat die Aufdeckung des ganzen Agentennetzes begonnen. Der damals Verhaftete war der Angeklagte Heinz Schmidt aus Woltersdorf, der bereits bei der Vernehmung zur Person vor dem Senat ein selbstkritisches Reuebekenntnis wegen seiner unsozialen Pflichtvergessenheit am Steuer ablegte und zugleich die Gelegenheit benutzte, nach sowjetzulem Vorbild wegen seines Verstoßes gegen die „Gesetzlichkeit der Bundesrepublik“ um ein mildes Urteil zu bitten.

## Bitterkeit über Little Rock

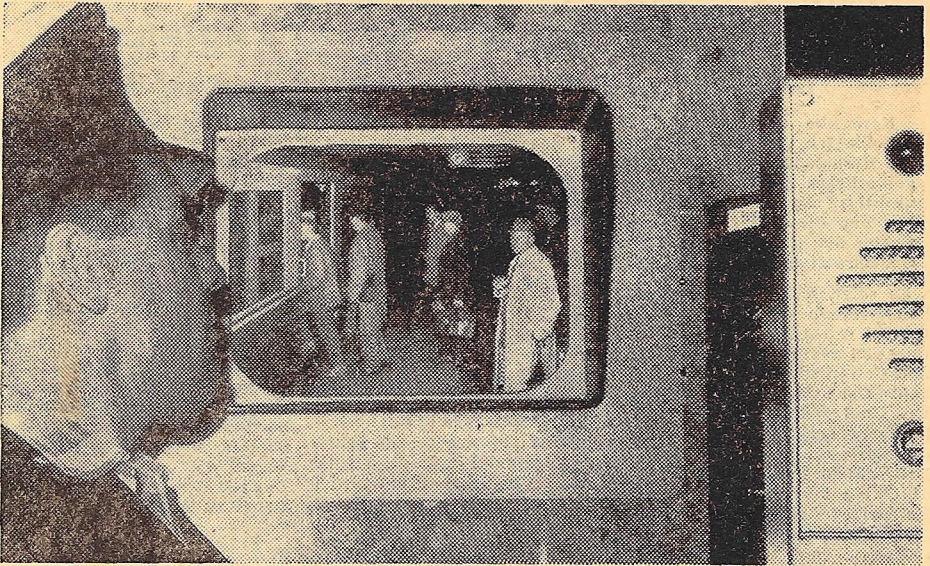
### Lage nach Schul-Entscheidung des Obersten USA-Gerichts

St. New York (Eigenbericht). Der Schulkonflikt in den amerikanischen Südstaaten, vor allem aber in der im Zentrum des Kampfes stehenden Mittelschule von Little Rock im Staate Arkansas, hat ein Stadium totaler Konfusion und kaum überbietbarer Bitterkeit erreicht, seit das Oberste Bundesgericht in Washington in letzter Instanz den Erlaß einer einstweiligen Verfügung ablehnte, durch die die befohlene „Integrierung“ der Schule vorläufig aufgeschoben worden wäre. Die Entscheidung des Gerichts war nicht als Überraschung gekommen, seitdem die Richter auf ihre Frage an den Rechtsanwalt der Schulbehörde von Little Rock, welche Integrierungsanstalten die Behörde während der Aufschubfrist treffen würde, nur ausweichende und unbestimmte Antworten erhalten hatten.

Im Laufe der letzten Wochen hatte sich um die Frage, ob, wann und wie die südlichen Schulen Negerkinder aufzunehmen haben, ein undurchsichtiges Dschungel von Gerichtsentscheidungen, einstweiligen Verfügungen und Berufungs- und Revisionsgesuchen gebildet, wobei es sich gewöhnlich primär um das Tempo der Integrierung bzw. den Zeitpunkt ihres Beginnes handelte. Als

der Oberste Gerichtshof 1954 die Aufhebung der Trennung zwischen weißen und schwarzen öffentlichen Schulen anordnete, ließ er den Südstaaten Zeit zur allmählichen Durchführung, ordnete aber ein Vorgehen in „angemessener Eile“ an.

Das Tragische an der jetzigen Lage ist, daß die gemäßigten und vernünftigen Kompromißfreunde, deren es im Süden ursprünglich viele gab, gänzlich verstummt sind. Die extremen Politiker im Süden, die anfangs gedacht hatten, sie könnten höchstens etwas Zeit gewinnen, sind heute so zuversichtlich geworden, daß sie offen eine Umgehung des Gerichtsbeschlusses (etwa durch radikale Schließung aller ihrer Schulen) oder dessen künftige Änderung — etwa von einer in ein paar Jahren veränderten personellen Zusammensetzung des neunköpfigen Obersten Gerichts — erhoffen. Inzwischen versuchen sie unbegrenzt Widerstand zu leisten. Sie mögen sich irren, und sie mögen scheitern; aber inzwischen geht nicht nur das öffentliche Schulsystem im Süden in die Brüche, sondern das ganze Staatssystem wird einer tiefen und gefährlichen Krise unterworfen, aus der niemand einen befriedigenden Ausweg zu weisen vermag.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Fernsehagen hat die Hamburger Hochbahn jetzt auf einem Bahnhof probeweise in Betrieb genommen, um die Bahnsteigkanten zu überwachen und die Abfertigung zu steuern. — Unten: Theater-Auftakt der Berliner Festwochen: Schillers „Verschwörung des Fiesko zu Genua“ mit Rolf Henniger als Fiesko (rechts) und Claus Hofer als Mohr von Tunis im Schiller-Theater.

